

PETROS MARKARIS

IST DIE GRIECHISCHE KRISE NUR EINE FINANZKRISE?

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ist die griechische Krise nur eine finanzielle Krise? Oder hat die Krise auch andere Aspekte die genauso wichtig, vielleicht sogar wichtiger sind als die Finanzkrise selbst?

Ich habe seit Anfang 2010, als die Krise ausgebrochen war, immer den Standpunkt vertreten, daß die griechische Krise primär eine politische Krise ist. Die Finanzkrise, die heute das Land am Abgrund geführt hat, ist vor allem durch die Fehler und das Versagen der politischen Führung des Landes zustande gekommen. Der marode Staatsapparat, der sich als unfähig erweist kritische Reformen und Gesetze gar oder rasch umzusetzen, ist auch ein Produkt der politischen Elite Griechenlands.

Nach und nach kommen auch unsere Verbündeten in der Eurozone zur Einsicht, daß das Problem des Landes nicht nur ein finanzielles ist, sondern auch ein Problem der politischen Kultur. Was sie schwer verstehen können, ist, daß das Versagen der politischen Klasse und des Staatsapparats keine Folge der Mißwirtschaft der letzten Jahre ist, sondern daß es alte und tiefe Wurzeln hat.

Man könnte zwar diese Malaise bis zur Gründung des Neugriechischen Staats im Jahr 1829 zurückverfolgen, als der erste Gouverneur Griechenlands, Graf Kapodistrias ermordet wurde. Ich will aber ihre Geduld nicht so stark in Anspruch nehmen. Es reicht aus, wenn ich von den ersten Nachkriegsjahren ausgehe.

Griechenland hatte am Ende des Zweiten Weltkriegs, wie alle Länder Europas, die große Chance eines neuen Anfangs und des Aufbaus eines modernen Staats. Diese Chance hat es durch den Bürgerkrieg vertan, der das Land von 1946 bis 1949 verwüstet hat. Nach dem Bürgerkrieg war Griechenland nicht nur ein ausgeblutetes aber auch, und vor allem, ein entzweites Land, mit Bürgern, die zutiefst verfeindet waren. Auf der einen Seite waren die griechische Armee und die Nationalisten, die Sieger des Bürgerkriegs. Auf der anderen die Besiegten, die Demokratische Armee, und die Linke.

Nach dem Bürgerkrieg zerrten die beiden verfeindeten Teile des Landes am selben Mythos. Der Mythos waren die sogenannten „fremden Mächte“, wobei unter „fremden Mächten“ an erster Stelle die USA und an zweiter England gemeint waren.

Die Nationalisten schwärmten von unseren amerikanischen Freunden und von der NATO. Die Linke schob die ganze Schuld für die Misere des Landes den Amerikanern in die Schuhe. Die USA und ihre Verbündeten im Land, also die nationalistischen Regierungen wären einzig und allein dafür schuld, daß Griechenland ein rückständiges Land geblieben sei. Dieser Kanon wurde nach der Militärdiktatur auch von Teilen der bürgerlichen Parteien übernommen, allen voran von der PASOK-Partei, die den Antiamerikanismus konsequent gepflegt hat.

Meine Damen und Herren, dieses Argument läßt sich an zwei Beispielen widerlegen.

Die Beispiele sind die Bundesrepublik Deutschland und Japan. Die Bundesrepublik war nach dem Krieg ein von den Alliierten besetztes Land. Japan war unter amerikanischer Besatzung. Es stimmt zwar, daß die USA ihren Verbündeten, in den Zeiten des kalten Kriegs, eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik vorgeschrieben haben. Das hat aber die beiden Länder nicht daran gehindert einen modernen Staat aufzubauen. Denn die Amerikaner haben diesen Staaten nicht nur eine Politik vorgeschrieben, sondern sie auch finanziell großzügig unterstützt.

Griechenland war auf der Seite der Alliierten und gehörte also zu den Siegern des Zweiten Weltkriegs und hat von den USA viel Geld bekommen. Schuld an der Misere des Landes waren weder die Amerikaner, noch die Engländer, sondern der Bürgerkrieg. Beide Seiten, sowohl die Linke unter der Führung der KP als auch die Nationalisten haben fatale Fehler gemacht, die für das Land verheerende Folgen hatten.

Die KP trägt allein die Schuld für den Bürgerkrieg, der das Land, das durch die deutsche Besatzung bereits ausgeblutet war, völlig verwüstet hat. Nach dem Bürgerkrieg geht aber die Schuld zu Lasten der Sieger, also der nationalen Regierungen. Sie haben keine Versöhnung angestrebt, sondern die Spaltung weiter vertieft. Die Linken wurden unnachgiebig verfolgt, während der regimefreundliche Teil der Bevölkerung und diejenigen, die auf Seiten der Nationalisten gekämpft hatten, mit kleinen und großen Privilegien belohnt wurden.

Sammelbecken der Privilegierten waren der Staat und die öffentlichen Dienste. Jedem Sprössling einer „nationalgesinnten“ Familie war ein Platz im öffentlichen Dienst sicher, während den Regimegegnern der Staatsapparat verschlossen blieb. Sie hatten nicht einmal die Chance in der Müllabfuhr einen Platz zu bekommen. Der Staatsapparat und die öffentlichen Dienste wurden zu einer Art Treibhaus der nationalen Parteien.

Das Rückgrat dieses Systems war, besonders in der Provinz, der Parteibonze, der die selbe Macht und die selben Befugnisse hatte, wie der Parteisekretär in einer Provinz des Sowjetsystems. So wie der Parteisekretär hatte auch der Parteibonze die Macht nach Belieben Privilegien zu verteilen, also Stellen im Staatsapparat. Genauso konnte er die Existenz derjenigen zerstören, die er als regimefeindlich einstufte, wobei als regimefeindlich nicht nur die Linken galten, sondern auch jener große Teil der Bevölkerung, der während des Bürgerkriegs eine neutrale Position bezogen hatte.

So kam in Griechenland ein System zustande, das mit dem sowjetischen System viele Gemeinsamkeiten hatte. Der Staat, der nach dem Bürgerkrieg aufgebaut wurde, war ein Oxymoron. Während die KP, die von einem Sowjetstaat träumte, den Bürgerkrieg verloren hatte, haben die nationalistischen Kräfte, die für Demokratie, für die Einbindung Griechenlands in die westliche Allianz, und für die Marktwirtschaft gekämpft hatten, ein staatlich gelenktes System aufgebaut, das dem von der KP angestrebten System sehr ähnlich war.

Wenn heute viele, innerhalb und außerhalb Griechenlands, zu Recht behaupten, das Griechenland das einzige Überbleibsel des real existierenden Sozialismus in Europa sei, dann sind die Ursprünge dieses Systems in der Zeit nach dem Bürgerkrieg zu suchen.

Meine verehrten Damen und Herren,

das waren die ersten fünf und zwanzig, schicksalhaften Jahre der Nachkriegszeit in Griechenland: Von 1950 bis 1974, also bis zum Ende der Militärdiktatur.

Ich werde auf die weitere Entwicklung Griechenlands in den ersten sechs Jahren nach der Militärdiktatur später zu sprechen kommen. Es ist für mich wichtiger die Jahre nach 1981 zu klären, also die Jahre nach der Übernahme der Regierung von der PASOK Partei.

Andreas Papandreou, der Gründer von PASOK, der das Land von 1981 bis 1989 und dann wieder von 1993 bis 1996 regiert hat, genoß in der EWG und später in der EU keine besonderen Sympathien. Gerade deswegen ist es wichtig gewisse Mißverständnisse in bezug auf Andreas Papandreou zu klären.

PASOK und Andreas Papandreou persönlich, wurden von Ihren Gegnern, der Mitterrechtsparteien beschuldigt, den Staatsapparat mit „grünen Wächtern“ vollgestopft zu haben. Mit „grünen Wächtern“ sind die PASOK-Mitglieder gemeint. Man nannte sie „grüne Wächter“ aus dem grünen Emblem der Partei.

Wenn dieser Vorwurf nicht völlig ungerecht ist, so ist er zumindest die halbe Wahrheit. PASOK wurde erst nach der Militärdiktatur gegründet. Sie war und ist bis heute die erste Partei links vom Zentrum, in der Geschichte des Landes, die eine Machtposition errungen hat. Es war also einleuchtend, daß sie mit dem Staatsapparat, den ich gerade beschrieben habe, nicht regieren wollte und auch nicht regieren konnte. Andreas Papandreou war gezwungen seine eigenen Leute in Schlüsselpositionen einzustellen, weil er Angst hatte, daß sonst seine Politik von einem „nationalgesinnten“ Staatsapparat griechischer Prägung unterminiert worden wäre.

Dazu kommt noch, daß Papandreou in der Zentrumsregierung von 1963 Finanzminister war und alle Intrigen, sowohl der königlichen Familie, als auch des Staatsapparats miterlebt hatte, die es am Ende geschafft hatten, die Regierung zu stürzen.

Andreas Papandreou wurde von seinen Rivalen weiterhin beschuldigt, in Griechenland keine sozialistische oder sozialdemokratische Partei westlicher Prägung gegründet zu haben, sondern eine baathistische Partei.

Das trifft zwar zu, aber nur für die Zeit von 1975 bis 1981 als PASOK in der Opposition war. PASOK hatte tatsächlich enge Kontakte zu den Baath-Parteien in Syrien und Irak, sowie zur Palästinensischen Verwaltung unter Jassir Arafat. Als jedoch PASOK an die Macht kam, hat die Partei keines von ihren beiden Wahlversprechen eingehalten: Griechenland hat weder die EWG verlassen, noch ist das Land von der NATO ausgeschieden, wie Papandreou während seiner Jahre in der Opposition ununterbrochen proklamiert hatte.

Es war nicht die Politik der Regierung, sondern sein persönlicher Führungsstil, der jenen der Baath-Führer sehr ähnlich war. Andreas Papandreou hat nämlich das Land wie ein Regent regiert. Er wollte einerseits, daß die Bürger zufrieden waren und ihn ohne Fragezeichen akzeptierten. Andererseits wollte er aber auch eine uneingeschränkte Macht ausüben. Eigentlich gefällt mir der Begriff des „Monarchen“ besser. Er mag an Ihren Ohren hart oder abwegig klingen. Ich werde aber in der Folge erklären, warum dieser Begriff keine persönliche Anschuldigung ist, sondern daß er eine systemimmanente Funktion bedeutet.

Zwei Entscheidungen der Amtszeit von Andreas Papandreou sind aufschlußreich für seinen Regierungsstil. Kaum hatte PASOK die Regierung übernommen, als er sämtliche Renten rund um 50% erhöhte. Die Bürger haben damals begeistert applaudiert. Was sie nicht wußten oder nicht wahrnehmen wollten, war, daß diese Rentenerhöhung durch Kredite finanziert wurde. Das war der Anfang des heutigen Desasters. Seitdem wurde die Erhöhung von Renten und Staatsgehältern durch Kredite finanziert. Eine Ratio zwischen Staatseinnahmen und Renten und Gehältern im Staatsapparat gibt es bis heute nicht.

Die zweite Entscheidung war die Verfassungsänderung von 1986. Die Verfassung, die 1975 durch Referendum akzeptiert worden war, ermöglichte dem Staatspräsidenten begrenzte Eingriffsmöglichkeiten, die eigentlich mehr ein Kontrollmechanismus waren, und setzte dadurch der Macht des Parlaments, und des Premierministers gewisse Grenzen. Zweck der Verfassungsänderung von 1986 war einzig und allein diese Eingriffsmöglichkeiten des Staatspräsidenten abzuschaffen.

Wenn man noch das griechische Wahlsystem dazunimmt, das, damals wie heute, die absoluten Mehrheiten begünstigt und die Bildung von Koalitionsregierungen fast bis zur Unmöglichkeit erschwert, dann kann man sich vorstellen, daß Andreas Papandreou seinen Willen uneingeschränkt durchsetzen konnte.

Das war jedoch das kleinere Übel. Das große Übel war, daß der Beitritt Griechenlands in die damalige EWG in einem Zeitpunkt erfolgt ist, als das Land von der PASOK-Regierung unter Andreas Papandreou regiert wurde.

Papandreou schenkte dem Bürgertum Griechenlands kein Vertrauen. Ganz Unrecht hatte er nicht. Denn ein großer Teil dieses Bürgertums hatte sich durch die Kollaboration mit der Nazi-Besatzungsmacht und durch den Schwarzhandel während der Besatzungszeit enorm bereichert. Auch während des Bürgerkriegs und unmittelbar danach genoß dieses Bürgertum große Privilegien.

Anstatt das traditionelle Bürgertum auf die richtige Fahrspur zu bringen und ihm Grenzen zu setzen, fand es die PASOK-Regierung leichter, und auch parteipolitisch günstiger, eine Klasse von Neureichen zu schaffen, an die sie die Subventionen der EWG großzügig verteilte. Es wurde nicht nur ein Ausgleich zwischen dem traditionellen Bürgertum und den Neureichen angestrebt, sondern auch und vor allem eine Klasse von Neureichen, die von der Regierung und der PASOK-Partei völlig abhängig war.

Meine Damen und Herren,

niemals ist so viel Geld nach Griechenland geflossen wie seit seinem Beitritt in die EWG bis heute. Es waren Summen, von denen der griechische Staat seit seiner Gründung nicht einmal träumen konnte.

Dieses Geld brauchte Griechenland, damit die kleine Wirtschaft eines armen Landes, die zum größten Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen bestand, im Rahmen einer großen Wirtschaftsgemeinschaft überleben konnte. Dazu war nicht nur Geld notwendig, sondern auch Reformen und strukturelle Änderungen, die schon damals und nicht erst heute fällig waren.

Die Regierungen von Andreas Papandreou verpaßten die Chance die notwendigen Reformen und den Strukturwandel, den das Land so dringend brauchte, durchzuführen, und wählten den einfachen und parteipolitisch profitablen Weg, das Geld an „ihre Leute“ zu verteilen. Hatten nach dem Bürgerkrieg die Regierungen Geld und Privilegien an ihre Verbündeten verteilt, so verteilte PASOK-Partei die Subventionen auch an ihre eigenen Leute.

Das Talent von Andreas Papandreou wäre eine Studie wert. Er hat das System des „Sozialismus der Rechten“, das er geerbt hatte, in eine neue Verpackung eingewickelt und als „Sozialstaat“ und gar als „Sozialismus“ an seine Wählerschaft verkauft. Er verfügte ja über unvergleichlich größere finanzielle Mittel.

Die PASOK-Regierungen haben die Gehälter im Staatsapparat und in den öffentlichen Diensten in die Höhe getrieben und sie teils durch die EU-Subventionen, teils durch Kredite finanziert. Sie haben die Agrarsubventionen an die Landwirte mit dem Maß der Parteitreue verteilt. Die Partei hat dadurch eine Wählerklientel geschaffen, die ihr achtzehn Jahre die Macht gesichert hat, wenn man die Jahre der Simitis-Regierungen dazu zählt.

Die Politik und die Mentalität der politischen Klasse blieben unverändert, es änderten sich nur die Rezipienten der Privilegien.

Dann kamen, nach dem Beitritt in die Eurozone, noch die billigen Euro-Kredite dazu, und das Land versank in einem Hedonismus des Konsums. Wenn heute in jedem Zeitungs- und Medienbericht und in den Reden vieler Politiker, allen voran von Antonis Samaras, des Vorsitzenden der Partei von Nea Demokratia, vom Wachstum die Rede ist, dann frage ich mich: Was für ein Wachstum? Denn das Wachstum durch Konsum hat uns, unter anderem, in die Pleite geführt. Wenn aber damit ein Wachstum gemeint ist, das durch die Erhöhung der Produktivität und der Konkurrenzfähigkeit der griechischen Wirtschaft erreicht werden soll, das braucht Zeit, Reformen, harte Arbeit, und Opfer. Es braucht aber vor allem einen Mentalitätswandel der politischen Klasse und der griechischen Unternehmer, des traditionellen Bürgertums, sowie der Neureichen aus der PASOK-Regierungszeit.

Es bleiben für mich trotzallem zwei offene Fragen:

Die erste betrifft die EU. Was ich Ihnen hier vorgetragen habe, war den europäischen Institutionen und der Kommission längst bekannt. Sie haben es geduldet und weggeschaut. Sie wußten spätestens im Juni 2009, daß die Lage in Griechenland außer

Kontrolle geraten war. Eine griechische Zeitung hat einen Bericht vom damaligen Finanzkommissar Joaquin Almunia, veröffentlicht, datiert von Juni 2009, der die Situation in Griechenland als äußerst kritisch schildert. Hätten die Kommission und der europäische Rat früher eingegriffen, so wäre die Lage heute sowohl für Griechenland als auch für die EU nicht so schwierig gewesen.

Meine zweite Frage betrifft Griechenland und ihre Werte. Das muß weiter erklärt werden.

Ich war in Griechenland der sechziger Jahre Zeuge des häßlichsten Lebenstraums. Symbol dieses Lebenstraums waren die Betonstangen, die in den armen Vierteln von Athen und Thessaloniki aus den Dächern der Häuser hochstiegen. Diese Betonstangen waren der Traum des zweiten Stocks für den Sohn oder für die Tochter der Familie, und die Griechen haben damals ein ganzes Leben dafür gespart, vom Essen, von der Kleidung. Die Griechen der sechziger Jahre waren ein dezentes, sparsames, und hart arbeitendes Volk.

Zur gleichen Zeit blühten in Griechenland die Literatur, die Kunst, die Kultur und vor allem die Lyrik. Die zwei griechischen Nobelpreisträger, die Dichter Jorgos Seferis und Odysseas Elytis und eine Reihe von Lyrikern, wie Jannis Ritsos oder Andreas Embirikos, sowie der Theaterregisseur Karolos Koun und sein Athener Kunsttheater, der Dirigent Dimitris Mitropoulos, und die Komponisten Manos Hadjidakis und Mikis Theodorakis, alle waren Kinder dieser Zeit der Armut. Griechenland war ein armes Land aber mit einem hohen kulturellen Niveau.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich bin kein Romantiker der Vergangenheit und sehe die Mitgliedschaft Griechenlands in der EU als einen großen Schritt nach vorn. Aber ich muß zugeben, daß ich große Angst habe. Denn wir haben in der Zeit des fiktiven Reichtums nicht nur die Armut sondern auch deren Werte über Bord geworfen, weil wir irrtümllicherweise geglaubt haben, daß sie Teil der Armut waren. Nun steht die Armut wieder vor unserer Tür, aber die Werte, die wir brauchen um in ihr und mit ihr zu leben, haben wir leider dem Reichtum geopfert. Daher meine Angst.

Andererseits gibt es aber auch in der EU keine eingehende Diskussion über die Kultur und die gemeinsamen europäischen Werte. Wir haben die EU mit dem Euro identifiziert und die Diversität Europas und dessen gemeinsame Werte vernachlässigt. Die einzige ernsthafte Diskussion in der EU über die europäische Identität, die europäische Kultur und die gemeinsamen Werte, die ich miterlebt habe, war der „Sound of Europe“ in Salzburg, im Jahr 2006, während der EU-Präsidentschaft Österreichs. Ich hatte damals gehofft, daß weitere Diskussionen folgen würden. Ich habe mich aber leider geirrt. Auch die Literaten und die Intellektuellen können Opfer eines falschen Optimismus werden, nicht nur die Politiker.

Meine verehrten Damen und Herren,

wenn ich jetzt zurückblicke, dann frage ich mich: Wir haben doch am Anfang, also nach der Militärdiktatur, alles richtig gemacht. Was ist dann falsch gelaufen?

Die sechs Jahre nach dem Sturz der Militärdiktatur, also die Jahre von 1974 bis 1980 waren die Jahre eines großen institutionellen Wandels in Griechenland. Das Land bekam eine neue und demokratische Verfassung, zum ersten Mal in der Geschichte Griechenlands. Die Monarchie wurde per Referendum abgeschafft und den Führern der Diktatur wurde der Prozeß gemacht. Dieser institutionelle Wandel wurde friedlich, ohne Konfrontationen und traumatischen Erfahrungen durchgesetzt.

Der herausragende Politiker dieser Zeit war Konstantinos Karamanlis. Karamanlis hat innerhalb von sechs Jahren institutionell ein neues Land ins Leben gerufen. Er hat aber gleichzeitig den griechischen Staatsapparat aus der Zeit nach dem Bürgerkrieg, der sich bereits während der Militärdiktatur zu einem Monster entwickelt hatte, nicht angegriffen, entweder weil er es nicht wollte, oder, wie ich glaube, weil ihm die Zeit dazu nicht ausreichte. Das hätten die folgenden Regierungen machen sollen, haben es aber willentlich versäumt.

Das waren die goldenen sechs Jahre nach der Militärdiktatur. Es folgten aber die dunklen Jahre. Ich werde Ihnen einige Zahlen nennen, damit Sie sie besser verstehen können.

Die Monarchie kehrte nach Griechenland mit dem Referendum vom 1. September 1946 zurück. Sie wurde mit dem Referendum vom 8. Dezember 1974 abgeschafft. Sie dauerte in der Nachkriegszeit acht und zwanzig Jahre.

Georgios Papandreou der Ältere kehrte nach Griechenland vier Tage nach der Befreiung des Landes von der Nazi-Besatzung zurück, am 18. Oktober 1944. Sein Enkel, Jorgos Papandreou war bis vor einigen Monaten noch Premierminister. Die politische Dynastie der Familie Papandreou dauerte sieben und sechzig Jahre.

Griechenland ist nach dem Referendum vom 8. Dezember 1974 eine Republik, die bis vor einigen Monaten „monarchisch“, also von drei politischen Familiendynastien regiert worden ist. Wenn ich früher erwähnt habe, daß Andreas Papandreou das Land wie ein Monarch regiert hat, dann sollte man diese „monarchische“ Regierungsweise mit einem System in Zusammenhang bringen, das konstitutionell eine Republik ist, die aber von drei Familienclans, also mit den Prinzipien einer Monarchie regiert wird.

In den sechs und dreißig Jahren der Republik wurde Griechenland elf Jahre lang von einem Premierminister geführt, der den Namen Karamanlis trug. (1974 bis 1980 von Konstantinos Karamanlis, und 2004 bis 2009 von Kostas Karamanlis, seinen Neffen.) Dreizehn Jahre lang von einem Mitglied der Familie Papandreou. (Von 1981 bis 1989 und dann wieder von 1993 bis 1996 von Andreas Papandreou und von 2009 bis 2011 von seinem Sohn Jorgos Papandreou.) Der Familienvater der dritten Familie, Konstantinos Mitsotakis war zwar nur drei Jahre Premierminister, seine Familie ist aber nach wie vor im politischen Leben des Landes stark präsent. Vier und zwanzig Jahre von den sechs und dreißig Jahren der Republik wurde das Land von drei Familien geführt. Kostas Simitis war der einzige Premierminister, der nicht Familienmitglied war und das Land acht Jahre lang regiert hat.

Alle Politiker, in den Parteien von PASOK und Nea Demokratia, die gegen ein Familienmitglied für den Parteivorsitz kandidiert haben, haben ausnahmslos die Wahl verloren. Die Parteikader haben immer für das Familienmitglied gestimmt, weil sie überzeugt waren, daß auch die Wähler die selbe Wahl treffen würden, was sich auch in den Wahlen immer bewahrheitet hat.

Wenn man noch die Verfassungsänderung dazuzählt und ein Wahlsystem, das die absolute Mehrheit favorisiert, dann versteht man, daß der jeweilige Premierminister eine uneingeschränkte Macht ausgeübt hat.

Wir haben also eine Republik, in welcher der Premierminister eine monarchische Macht ausübt plus drei Familiendynastien, die vier und zwanzig von der sechs und dreißig Jahren nach der Militärdiktatur den Premierminister quasi als Thronfolger bestimmt haben. Daß dieses System so lange überlebt hat, ist ein Wunder an sich.

Eigentlich haben der Premierminister und die Regierungspartei in diesem System keine Angst vor der Opposition. Sie verfügen über eine absolute Macht und über eine absolute Mehrheit. Sie können frei und unkontrolliert ihre eigenen Parteimitglieder in den Staatsapparat und in den öffentlichen Diensten einstellen und sie können alle Führungspositionen mit ihren eigenen Leuten besetzen.

Das ist schlimm genug aber es wird noch schlimmer. Weil in diesen sechs und dreißig Jahren die zwei Volksparteien, also PASOK und Nea Demokratia, abwechselnd die Regierung übernommen haben, weiß die jeweilige Regierungspartei, daß die oppositionelle Volkspartei es ihr gleich machen wird, sobald sie an die Regierung kommt. So hat es auch die Nea Demokratia gemacht als sie 2004 von PASOK die Regierung übernommen hat.

Es ist an diesem System interessant wie auch verheerend, daß die Kader der früheren Regierungspartei im Staatsapparat und in den öffentlichen Diensten von der neuen nicht entlassen werden. Sie bleiben und es kommen immer neue dazu.

Der Premierminister hat weitaus mehr Angst vor den Parlamentariern seiner eigenen Partei und vom innerparteilichen Widerstand. Dazu ein Beispiel: Als der damalige Premierminister Kostas Simitis im Jahr 2002 ein neues Krankenkassengesetz einführen wollte, mußte er es zurücknehmen, nicht wegen der Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften, noch wegen des Aufschreis der Opposition, sondern weil die Parlamentarier seiner eigenen Partei damit drohten die Regierung zu stürzen.

Es bestehen eigentlich zwischen den beiden Volksparteien keine großen Differenzen, was ihre Parteiprogramme und ihre Regierungspolitik betrifft. PASOK hat seine „baathistische“ und sozialistische Herkunft abgeschworen und hat sich zu einer linksliberalen Partei umgebaut. Die Nea Demokratia ist seit ihrer Gründung eine Mitterrechtspartei trotz ihrer populistischen Höhepunkte, die in der letzten Zeit immer stärker betont werden.

Meine Freunde im Ausland wundern sich oft, warum der Konsens in der griechischen Politik ein unbekanntes Wort ist. Nun aus zwei Gründen: Weil im griechischen

politischen System die Koalitionspraxis und –Erfahrung fehlen und weil das ganze System seit dem Ende des Bürgerkriegs auf Konfrontation gebaut ist.

In den letzten zwanzig Jahren hat keine Oppositionspartei die Wahlen gewonnen. Es war immer die Regierungspartei, die die Wahlen verloren hat. Das mag auf dem ersten Blick sonderbar klingen, ist es aber trotzdem wahr. Zum einen, weil die Parteiprogramme der beiden Volksparteien sich bis zum Verwechseln ähnlich aussehen. Zum anderen, weil die jeweilige Oppositionspartei sich nie die Mühe gemacht hat ein alternatives und überzeugendes Regierungsprogramm vorzulegen. Die Politik der oppositionellen Volkspartei besteht darin, bereits am Tag nach der Wahl über die Regierung schlecht zu reden und sie zu diskreditieren.

Das sieht man, außerhalb des Parlaments auch bei den Demonstrationen und Streiks der verschiedenen Gewerkschaften. Sie haben weder ein Programm noch vernünftige Vorschläge. Sie wollen nur, daß alles beim Alten bleibt, denn Ihr Ziel ist nicht Änderungen durchzusetzen, sondern die Regierung zu diskreditieren.

Meine Damen und Herren,

Ich habe zu erklären versucht, daß die griechische Krise keine ausschließlich finanzielle Krise ist, sondern eine Krise des politischen System mit finanziell verheerenden Folgen. Wir sind weder wegen der Hedgefonds untergegangen noch wegen der Baublasen. Die Krise ist dadurch entstanden, daß das politische System schlecht gewirtschaftet und versagt hat.

Wir erleben heute in Griechenland die Endphase dieses abgewirtschafteten Systems. Die schlechte Nachricht ist, daß diese politische Klasse die dem Land die Krise beschert hat, nun aufgefordert wird das Land zu sanieren und aus der Krise herauszusteuern. Sie hat aber ihre Kreditwürdigkeit in der Bevölkerung völlig verspielt. Die Bürger sind entmutigt, deprimiert und total verunsichert, nicht nur wegen der rigorösen Sparmaßnahmen, sondern auch weil sie ihr Vertrauen an die politische Klasse verloren haben.

Die gute Nachricht ist eine altbewährte Wahrheit: Unter Druck lernt man immer. Das gilt auch für die griechischen Politiker. Zum ersten Mal seit dem Bürgerkrieg haben die zwei Volksparteien eine große Koalition unter Lukas Papademos gebildet. Sie haben das zweite Memorandum und das PSI-Paket mit großer Mehrheit aber auch mit großen Verlusten verabschiedet. 21 Abgeordnete haben die Nea Demokratia und 23 Parlamentarier PASOK verlassen. Keine Partei verfügt im Parlament über eine absolute Mehrheit mehr.

Es folgen noch die Gesetze, die diese Beschlüsse umsetzen werden und die als Folge die Zerstörung des Klientelsystems der beiden Parteien haben werden. In beiden Parteien wird seit einigen Tagen offen über eine Regierungskoalition nach den Wahlen diskutiert.

Es bleiben trotzdem zwei wichtige Fragen offen.

Die erste ist ob es nach der Wahl überhaupt eine Mehrheit im Parlament geben wird, die eine Koalitionsregierung ermöglicht. In der letzten Wahl von 2009 haben fünf Parteien

den Eintritt ins Parlament geschafft. Heute sitzen im Parlament bereits sieben Parteien. Eine Splitterpartei aus Nea Demokratia und eine Splitterpartei aus der radikalen Linke sind dazugekommen. Inzwischen beraten die Abgeordneten, die PASOK und Nea Demokratia verlassen haben, über die Gründung von neuen Parteien. Auch die Grünen haben gute Chancen ins Parlament zu kommen. Dazu kommt noch eine rechtsextreme Partei.

Wenn mehr als höchstens sechs Parteien es ins Parliamen schaffen würden, dann wird es aufgrund des Wahlsystems äußerst schwierig sein eine Mehrheit für eine Koalitionsregierung zu bilden.

Die zweite offene und sehr wichtige Frage ist: Reicht uns die Zeit aus? Denn die Zeit rennt uns davon.

Als Antwort auf beide Fragen werde ich Ihnen ein Gedicht von Brecht vorlesen:

Alles wandelt sich. Neu beginnen
Kannst du mit dem letzten Atemzug.
Aber was geschehen, ist geschehen. Und das Wasser
Das du in den Wein gossest, kannst du
Nicht mehr herausschütten.

Was geschehen, ist geschehen. Das Wasser
Das du in den Wein gossest, kannst du
Nicht mehr herausschütten, aber
Alles wandelt sich. Neu beginnen
Kannst du mit dem letzten Atemzug.

In Zeiten der Entmutigung denke ich immer an dieses Gedicht und hoffe weiter.

Meine verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.